



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Beratung

Netzwerk

INFOBRIEF

Ausgabe 1/2008

Wissen

Lösungen

Modelle und Strategien in der Intervention gegen Rechtsextremismus

INHALT

- Interview mit der Projektleiterin des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“
- Im Profil: Das Kulturbüro Sachsen e.V.
- Nachgefragt: 1 Jahr „kompetent. für Demokratie“ in den Bundesländern
– Zur Umsetzung des Programms in Hessen und Mecklenburg-Vorpommern
- Reportage: Der Heidelauf in Schneverdingen – Eine Stadt zeigt Gesicht
- Veranstaltungshinweise: Regionale Fachseminare der Zentralstelle 2008

Liebe Leserinnen und Leser,

das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unterstützt mit dem Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ die Einrichtung und Entwicklung von landesweiten Beratungsnetzwerken. Kommt es zu Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund, können aus diesen Mobile Interventionsteams gebildet werden, die vor Ort beraten und weiterhelfen. Bis 2010 stellt der Bund dafür jährlich fünf Millionen Euro zur Verfügung. Seit Programmstart am 01. Juli 2007 hat sich viel getan: 15 Bundesländer beteiligen sich derzeit am Programm – ein deutliches Zeichen des gemeinsamen Engagements von Bund und Ländern bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Die 1. bundesweite Fachkonferenz zum Thema „Modelle und Strategien in der Intervention gegen Rechtsextremismus“ im September 2008 in Berlin führt erstmalig die am Programm beteiligten Beratungsnetzwerke aller Bundesländer zusammen. Der vorliegende Infobrief greift die Inhalte der Konferenz auf und stellt Ihnen verschiedene Perspektiven und Ansätze zum Themenkomplex Intervention vor.

Viel Freude beim Lesen wünschen Ihnen
die Mitarbeiter/innen der Zentralstelle

INTERVIEW

„Die Zusammenarbeit mit den Bundesländern gestaltet sich äußerst konstruktiv.“

Ute Seckendorf, Projektleiterin des Bundesprogramms zieht positive Bilanz nach einem Jahr „kompetent. für Demokratie“

Frau Seckendorf, ein Jahr Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“, ein Jahr Projektleitung? Wie schätzen Sie die Umsetzung des Programms zum jetzigen Zeitpunkt ein?

Nach einem Jahr Programmzeit können wir hier eine sehr positive Bilanz ziehen. Das Bundesprogramm wirkt erfolgreich an der Schnittstelle zwischen staatlichem und nicht-staatlichem Handeln. Wenn man sich die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Vorläuferprogramms CIVITAS des Bundes ansieht, kommt man zwangsläufig zu einem Ergebnis: Diese beiden Akteursgruppen müssen kooperieren und zusammenarbeiten. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – die Einrichtung von landesweiten Beratungsnetzwerken ist deshalb der strategisch richtige Ansatz.

Welche Erfahrungen haben Sie bei der Beratung der Bundesländer gemacht?

Es wird kaum überraschen, dass sich in 15 Bundesländern 15 unterschiedliche Modelle von Beratungsnetzwerken entwickelt haben. Alle Bundesländer beschäftigen sich seit Jahren intensiv mit dem Thema Rechtsextremismus, mit sehr unterschiedlichen Zuständigkeiten und mit verschiedenen Instrumenten. Bei unserer Beratung zeigen sich die Länder sehr offen und signalisieren den dringenden Bedarf, sich auf der Arbeitsebene mit anderen Ländern auszutauschen. Grundsätzlich wurde die Idee, staatliches und nicht-staatliches Handeln nicht nur auf der Willensebene zusammenzuführen, sondern ressortübergreifendes Arbeiten als Methode zu implementieren, von allen Bundesländern sehr wohlwollend aufgegriffen. Die Anregung des Bundes brachte in einigen Bundesländern Schwung in die Diskussion über die Notwendigkeit der gezielten und fachgerechten Bekämpfung des Rechtsextremismus auf der politischen Ebene.

In Mecklenburg-Vorpommern bspw. hat die Diskussion zu einem Kabinettsbeschluss geführt, der die Anstrengungen des Landes in dieser Frage verstetigt.

Wie bewerten Sie die Zusammenarbeit mit den Ländern im Allgemeinen?

Das Programm ist positiv aufgenommen worden, daher gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Bundesländern äußerst konstruktiv. Für viele Länder stellt die Entwicklung eines Beratungsnetzwerkes, in dem staatliche und nicht-staatliche Träger gemeinsam über geeignete Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beraten, eine neue Qualität in der Vernetzungsarbeit dar. Damit setzt das Bundesprogramm in der Tat neue Akzente.

Die erste Fachkonferenz im September 2008 widmet sich dem Thema Intervention – welche Modelle oder Ansätze der Intervention und Beratung haben sich bisher entwickelt oder etabliert?

Völlig neue Beratungsansätze sind selten. Das wirklich Neue ist die interdisziplinäre und ressortübergreifende Zusammenarbeit. Jedes Bundesland hat für sich geeignete Beratungsmodelle und Interventionsstrategien entwickelt. Unsere Aufgabe es ist nun, den Austausch zu befördern, Transparenz herzustellen und Standards zu beschreiben.

Was sind hier die konkreten Aufgaben der Zentralstelle?

Wir verstehen uns in erster Linie als Berater/innen, die den Ländern Unterstützung bei der Einrichtung und Professionalisierung ihres landesweiten Beratungsnetzwerkes geben. Daneben sind der Erfahrungstransfer und die Öffentlichkeitsarbeit wesentliche Aufgaben der Zentralstelle. Denn in den einzelnen Bundesländern ist viel Erfahrungswissen und Handlungskompetenz gewachsen; diese zu sammeln und zu transferieren, ist mittlerweile unverzichtbar. Außerdem bieten wir zielgerichtet Weiterbildungen an, bei denen die Professionalisierung der Beratungsarbeit im Vordergrund steht. Wir setzen bei den im Beratungsfeld tätigen Akteuren an. Wie bspw. in der sozialen Arbeit sollen für das Berufsbild des Beraters/ der Beraterin Standards entwickelt und gezielt Zugänge zu anderen Bereichen gesucht werden. Und natürlich gehören, wie bei jedem Bundesförderprogramm, auch die ordnungsgemäße Ausreichung der Mittel und die Prüfung der Verwendung zu unseren Aufgaben.

Sie ziehen bis zum jetzigen Zeitpunkt eine positive Bilanz.

Sehen Sie denn auch Schwachstellen oder Mehrbedarfe?

Es muss in den nächsten Jahren gelingen, einen systematischen Austausch der Bundesländer zu verstetigen. Daneben wird die Qualität, Transparenz und Übertragung der Beratungsansätze eine große Rolle spielen. Die Entwicklung von allgemeingültigen und nachprüfaren Qualitätsstandards, wie überall in der sozialen Arbeit, ist und bleibt eine große Herausforderung.



Projektleiterin Ute Seckendorf

IM PROFIL

Das Kulturbüro Sachsen e.V.

Seit 2001 kompetenter Ansprechpartner für Demokratieentwicklung und Beratung gegen Rechtsextremismus

Mit dem Kulturbüro Sachsen e.V. und der Opferberatung der RAA Sachsen bilden zwei erfahrene Träger den Kern des sächsischen Beratungsnetzwerkes. Beide sind mit ihren Regionalbüros an verschiedenen Standorten im Bundesland zu finden und können als kompetente Ansprechpartner bei Vorfällen, die auf einen rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Hintergrund hindeuten, kontaktiert werden.

In einem Gespräch mit Friedemann Bringt, Fachreferent des Kulturbüro Sachsen, erzählt er über die Arbeit des Vereins und den sächsischen Interventionsansatz. Bringt hat das Kulturbüro 2001 mitgegründet – er schöpft damit aus einem umfangreichen Erfahrungsfundus. Als das Bundesprogramm CIVITAS im gleichen Jahr startete, stellte der Träger frühzeitig einen Förderantrag und erhielt schließlich den Zuschlag, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Sachsen aufzubauen. Neben dem Geschäftssitz in Dresden hat das Kulturbüro regionale Büros in Pirna, Großpösna und Neukirchen zur flächendeckenden Beratung eingerichtet, in denen insgesamt neun Mitarbeiter/innen tätig sind.

Der Schwerpunkt der Beratungsarbeit liegt in Sachsen auf der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen – in der Arbeit für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus. Zum Selbstverständnis gehört hier der Ansatz des Empowerments, der Hilfe zur Selbsthilfe. Die Berater/innen sind Begleiter und Partner in einem Prozess, in den engagierte Personen vor Ort eingebunden sind. Idealerweise wird dieser Prozess gemeinsam gestartet, geht dann aber längerfristig weiter, wenn die Beratungsteams nicht mehr da sind. „Die Partner vor Ort sollen handlungsfähig werden und Demokratie gestalten. Sie sollen Demokratie besser leben, als sie das vorher konnten“, so Bringt.

„Die Beratung erfolgt in den allermeisten Fällen auf Anfrage“, erklärt Bringt, „in Form einer E-Mail oder eines Anrufs. Diejenigen, die sich melden, sind z.B. Opfer rassistischer Gewalt oder von Diskriminierungen. Aber auch Leute, die bspw. an einer Schule oder in ihrer Gemeinde etwas wahrgenommen oder bemerkt haben, aber nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen. Die Meldungen werden der Landeskoordinierungsstelle im Sächsischen Staatsministerium für Soziales rückkommuniziert. Diese beauftragt schließlich das Kulturbüro, zu beraten. In einem ersten Schritt überlegen die Beratungsteams mit den Partnern vor Ort, wie diese handlungsfähig werden können. Meistens steigen die Berater/innen mit einer Situationsanalyse und der Vermittlung von Informationen ein, z.B. in Form von Seminaren oder pädagogischen Tagen. Dann folgen Gruppen- und Einzelberatungen, letztere vor allem, um Sicherheiten für betroffene Personen zu schaffen.



Friedemann Bringt im Gespräch mit den Mitarbeiterinnen der Zentralstelle

Doch keine Beratung ist wie die andere. Bringt erklärt, dass „kein Beratungsprozess von der Stange genommen und einfach übertragen werden kann“. Immer wieder gibt es neue Situationen mit unterschiedlichen Problemen, neuen Anforderungen und verschiedenen Partnern, denen sich die Beratungsteams stellen müssen. Friedemann Bringt umschreibt diese Herausforderung mit dem Begriff der „inneren Mobilität“, die die Berater/innen mitbringen müssen – eine von vielen Qualifikationen, die ein kompetenter Berater braucht. Bringt zählt zudem „soziale und kommunikative Kompetenzen, Teamfähigkeit, hohe Flexibilität, Selbständigkeit und Verantwortungsbewusstsein“ auf. Aber auch die Fähigkeit, sich zurücknehmen zu können, gleichzeitig aber moderierend und begleitend aufzutreten, ist wichtig für eine auf Vertrauen basierende, professionelle Beratung.

Über diese sozialen Qualifikationen hinaus müssen die Berater/innen analytisch und sozialwissenschaftlich kompetent sein und über ein umfassendes Fachwissen zu Formen der Demokratieentwicklung und Inhalten und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus verfügen. Auch methodische Kenntnisse des Konflikt- und Projektmanagements, der (politischen) Bildungsarbeit, der systemischen Beratung sowie der Öffentlichkeitsarbeit gehören zum Know-how.

Ein Berater allein kann diesen komplexen Anforderungen nicht entsprechen. Deshalb arbeiten die Berater/innen des Kulturbüro Sachsen immer im Team. So wird zum einen eine multiprofessionelle Beratung gewährleistet, zum anderen

können die Beratungsprozesse so effektiver reflektiert und dokumentiert werden. Die Arbeit im Team bietet auch eine gewisse „Auffangstruktur in schwierigen Arbeitssituationen“, erzählt Bringt. Zunehmend sind Beratungen Prozesse, in denen es Konflikte und zähe Verhandlungen gibt oder manchmal sogar Bedrohungen passieren können.

Auf acht Jahre Mobile Beratung blickt das Kulturbüro Sachsen nun zurück. Viele Erfahrungen wurden gesammelt und Fachaustausche und Weiterbildungen organisiert. Sukzessive konnte das Beratungsangebot weiterentwickelt und neuen Situationen und Strukturen angepasst werden.

Das Beratungsangebot des Kulturbüros ist mittlerweile fest in Sachsen etabliert. Als Erfolg der Beratungsarbeit sieht Bringt, dass viele Bürgerinitiativen gegründet wurden und nach Jahren noch Ansprechpartner da sind, die weiterhelfen. Wenn eine Gemeinde sensibel dafür geworden ist, dass Rechtsextremismus ein gesellschaftliches Problem ist und sich nachhaltig mit dem Thema auseinandersetzt. Oder wenn einer betroffenen Person geholfen werden konnte, und diese weiß, wohin sie sich wenden kann. „Doch der eigentliche Erfolg“, so Friedemann Bringt, „gehört immer den Partnern vor Ort“.

NACHGEFRAGT

1 Jahr „kompetent. für Demokratie“ in den Bundesländern Zur Umsetzung des Programms in Hessen sprechen wir mit Dr. Reiner Becker

Auf welchen Vorerfahrungen konnten Sie bei der Umsetzung des Bundesprogramms aufbauen?

Einige der Träger, die Mitglied im Beratungsnetzwerk Hessen sind, verfügen über Erfahrungen in der Mobilen Beratung: Das hessische Aussteigerprogramm IKARus bietet neben der klassischen Aussteigerarbeit auch die Beratung von Kommunen und Schulen nach Vorfällen mit rechtsextremistischem Hintergrund an. Das Mobile Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist in Nordhessen tätig, die Jugendbegegnungsstätte Anne Frank im Rhein-Main-Gebiet. Die Sportjugend Hessen berät seit einigen Jahren Sportvereine in Hessen, die mit Rechtsextremismus konfrontiert sind.

Wie ist das Beratungsnetzwerk in Hessen aufgebaut?

Wir haben versucht, die in den Leitlinien des Bundesprogramms skizzierten Kompetenzen und Ressourcen in der Zusammensetzung des Beratungsnetzwerks widerzuspiegeln. Diese Institutionen sollen jedoch nicht einfach (nur) in der Runde repräsentiert sein: Wir verfolgen den Anspruch, dass diese im Sinne eines Expertenpools gut zusammen arbeiten. Berater/innen, die „im Feld“ tätig sind, können so die Kompetenzen und Ressourcen unserer Expert/innen abrufen. Denn wir erwarten von den Berater/innen nicht, dass sie allein auf sich gestellt alle Probleme eines Beratungsfalles lösen, sondern dass sie gezielt Unterstützung durch das gesamte Beratungsnetzwerk erfahren.

Was stellt einen Anlass für eine Intervention dar?

Welches Modell der Intervention setzt Hessen um?

Unser Interventionsbegriff ist kein abstrakter, sondern wir orientieren uns an der Problemwahrnehmung und den Bedarfen der Klienten. Auch wenn diese häufig von der Sichtweise der Berater/innen abweichen. Beides muss für einen gelingenden Beratungsprozess fruchtbar gemacht werden.



Reiner Becker, Dr. phil., studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie in Marburg und Göttingen und promovierte im Graduiertenkolleg „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Bielefeld/Marburg) zum Thema Familie und Rechtsextremismus. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Philipps-Universität Marburg und dort, in Kooperation mit dem Landeskriminalamt, in der Landeskoordinierungsstelle des „Beratungsnetzwerk hessen: Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ tätig.

Das bedeutet, dass wir keine fertige Schablone dafür haben zu entscheiden, welche Anfrage ein Beratungsfall im Sinne des Konzepts ist oder nicht. Das muss immer individuell geprüft werden. Neben der Hilfe bei der Lösung von akuten Krisensituationen leisten wir auch Hilfe, um zukünftig besser mit rechtsextremistischen Vorkommnissen umgehen zu können, z.B. in Form von kommunalen Interventionsplänen. Schließlich unterstützen wir, basierend auf der Fallbearbeitung, auch die Erstellung von kommunalen Präventionskonzepten.

Welche Bedeutung hat das Bundesprogramm in Hessen?

Diese Frage ist leicht zu beantworten: Ohne das Bundesprogramm hätten wir in Hessen nicht die Möglichkeit, ein flächendeckendes Beratungsangebot zu etablieren und anzubieten. Und wenn sich in einem Beratungsnetzwerk diejenigen finden und zusammenarbeiten, die schon lange in ihrem jeweiligen Segment mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigt sind, dann kann das Programm über den eigentlichen Förderzeitraum hinaus auch weiter Früchte tragen.

**1 Jahr „kompetent. für Demokratie“ in den Bundesländern
Zur Umsetzung des Programms in Mecklenburg-Vorpommern
sprechen wir mit Ute Schmidt**

Auf welchen Vorerfahrungen konnten Sie bei der Umsetzung des Bundesprogramm aufbauen?

Mecklenburg-Vorpommern beteiligte sich von 2001 bis 2007 am Bundesprogramm CIVITAS und kann damit beim Aufbau des Beratungsnetzwerkes an langjährige Erfahrungen bei der Arbeit für Demokratie und Toleranz anknüpfen. 13 Mitarbeiter/innen der ehemaligen CIVITAS-Strukturprojekte (Mobile Beratungsteams, Opferberatung, Netzwerkstellen) bringen ihr Know-how und ihre Kompetenzen in das Beratungsnetzwerk mit ein. Weitere Erfahrungsträger sind die Beteiligungsmoderatoren der Jugendverbände, die landesweit Beteiligungsprojekte durchführen und in diesem Kontext Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gesammelt haben.

Wie ist das Beratungsnetzwerk in Mecklenburg-Vorpommern aufgebaut?

In Mecklenburg-Vorpommern wurde das Bundesprogramm mit dem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ eng verzahnt. Das Landeskonzept zur Einrichtung von Regionalzentren für demokratische Kultur beinhaltet auch die personelle und strukturelle Zusammenführung von Landes- und Bundesprogramm. Kerngedanke ist die Verzahnung von Intervention, Prävention und Integration als ganzheitlicher Prozess. Das Beratungsnetzwerk in Mecklenburg-Vorpommern umfasst mehrere Ebenen: Neben dem landesweiten Beratungsnetzwerk werden derzeit fünf regionale Beratungsnetzwerke aufgebaut, in denen staatliche Einrichtungen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Ämter) und nicht-staatliche Träger (Regionalzentrum, Opferberatung, Beteiligungsmoderatoren, betriebliche Beratungsteams u.ä.) zusammenarbeiten. Die Knotenpunkte der Beratungsnetzwerke bilden die, durch die Landesregierung finanzierten, fünf Regionalzentren für demokratische Kultur. In jedem Regionalzentrum arbeiten zwei mobile Berater/innen, ein/e Demokratiepädagoge/-pädagogin sowie ein/e Mitarbeiter/in für die Interventionseinsätze und das regionale Beratungsnetzwerk (Bundesprogramm). Bei Interventionsanlässen kann so verlässlich auf Expert/innen zurückgegriffen werden.

Was stellt einen Anlass für eine Intervention dar?

Welches Modell der Intervention setzt Mecklenburg-Vorpommern um?

Das landesweite Beratungsnetzwerk hat sich auf Kriterien für Interventionsanlässe verständigt. Dabei handelt es sich nicht um eine starre Vorgabe. Sie sollen eine Orientierung sein und dienen der Dokumentation und der – trotz engster Verzahnung – Abgrenzung des Bundesprogramms vom Landesprogramm. Der ganzheitliche Beratungsansatz orientiert sich an den wahrgenommenen Problemen und Bedarfen vor Ort. Ziel ist, mit den Akteuren vor Ort mögliche Strategien und Handlungsoptionen zu entwickeln und sie bei deren



Ute Schmidt, Diplomlehrerin, 1991 bis 2001 Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte in der Brandenburger Kommune Ludwigsfelde, Sprecherrat der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg und in dieser Funktion Mitglied im „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“. Von 2001 bis 2004 Referentin für die Belange von Migrant/innen im Büro der Bürgerbeauftragten des Landtages M-V, seit 2004 Referentin für das Kinder- und Jugendprogramm der Landesregierung, dazu kam ab 2007 die Zuständigkeit für das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ sowie für die Landeskoordinierungsstelle des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“.

Umsetzung so zu unterstützen, dass sie möglichst schnell selbst handlungsfähig sind. Kriterien für einen Interventionsanlass sind: 1. Eine problematische Situation wird wahrgenommen, die Situation spitzt sich zu und wird schwer beherrschbar. 2. Der reguläre Geschäftsbetrieb, z.B. das Zusammenleben in der Kommune, wird beeinträchtigt. 3. Es besteht die Notwendigkeit von Handlungsentscheidungen. 4. Entscheidungsträger und regulär Verantwortliche nehmen das Gefühl von Bedrohung und Handlungsunfähigkeit wahr. 5. Anstieg von Unsicherheit, Dringlichkeit und Zeitdruck.

Welche Bedeutung hat das Bundesprogramm für Mecklenburg-Vorpommern?

Die Zusammenführung von Expertenwissen und das koordinierte Vorgehen von unterschiedlichen Akteuren, die sich in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen mit Rechtsextremismus auseinandersetzen, sind die wichtigsten Impulse des Bundesprogramms. Meiner Einschätzung nach wird die Zusammenarbeit von staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen und die Erweiterung der Beratungslandschaft langfristig an Bedeutung gewinnen.

REPORTAGE

Der Heidelauf in Schneverdingen – Eine Stadt zeigt Gesicht

Es ist Samstag, der 30. August 2008. Wie jedes Jahr im Spätsommer bereitet sich die niedersächsische Stadt Schneverdingen, idyllisch im Naturpark Lüneburger Heide gelegen, auf das Wochenende des Heideblütenfestes vor. Den Auftakt des traditionellen Festes bildet der Heidelauf, den der TV Jahn, größter Sportverein des Ortes, in diesem Jahr zum 21. Mal veranstaltet. Ein Ereignis, für das sich im Schnitt 800 Läufer/innen aus Nah und Fern anmelden. Und das noch mehr Schaulustige anzieht, die die Straßen des Ortes säumen und die Teilnehmenden unterstützen.

Wenige Stunden vor dem Lauf stehen zwei Frauen vor der Turnhalle des TV Jahn. Zwei Dinge fallen einem sofort ins Auge: ein Banner über dem Eingang der Halle mit dem Slogan „Wir treten Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Extremismus entgegen“ und die identischen weißen T-Shirts der Frauen, auf denen in leuchtenden Buchstaben „Schneverdingen ist bunt“ geschrieben steht. Die beiden Frauen sind Meike Moog-Steffens, Geschäftsführerin des TV Jahn, und Maren Ahrens, Sprecherin des Bürgerbündnisses Schneverdingen „Bunt statt Braun“. Sie sind maßgeblich an der Organisation dieses Heidelaufes beteiligt und hoffen, dass dieser endlich wieder im Fokus des sportlichen Miteinanders steht.

Denn seit einigen Jahren wird der Heidelauf von einem ernsthaften Problem überschattet: Rechtsextremisten, insbesondere der lokalen Kameradschaft „Snevern Jungs“, meldeten sich mehrfach erfolgreich für den Lauf an und konnten diesen als Plattform für ihre Ideologie nutzen. Sie trugen T-Shirts mit antisemitischen Sprüchen und neonazistischen Schriftzügen, auch ihre Tätowierungen waren eindeutig. Im Jahr 2007 spitzte sich die Situation drastisch zu, wie Meike Moog-Steffens, erzählt: „Der Vereinsvorsitzende des Sportvereins, Hans-Jürgen Thömen, wies vor dem Heidelauf an, dass jedwedes Tragen von Kleidung mit neonazistischen Parolen und Symbolen untersagt ist“. Die „Snevern Jungs“ traten dennoch in T-Shirts



Publikum beim Heidelauf



Vor der Turnhalle des TV Jahn

mit dem Aufdruck „Wer von der Lüge lebt, muss die Wahrheit fürchten“ an. Ein Spruch, mit dem Rechtsextremisten seit Jahren straffrei den Holocaust leugnen. Thömen forderte die Kameraden auf, die T-Shirts auf links zu drehen. „Sie folgten dieser Aufforderung zunächst, drehten die T-Shirts während des Laufs jedoch wieder um und liefen ins Ziel ein, wo die Situation eskalierte: Presse und Antifa mischten sich ein, die Stimmung war aufgeladen. Thömen, der unter der aufgebrauchten Menge war, wurde dabei von einem Neonazi angegriffen“, so Moog-Steffens.

An diesem Punkt war klar, dass es so nicht weitergehen kann. Dass dringend gehandelt werden muss. Auch, weil die Unterwanderung des Heidelaufs nur die Spitze des Eisbergs ist: Die „Snevern Jungs“ sind in der Gemeinde bekannt – nicht als Störenfriede, sondern als freundliche Bürger, die „sich ganz gut benehmen, an Vereinstätigkeiten teilnehmen, Blut spenden, sich an Skatwettbewerben und Müllsammelaktionen beteiligen“, erklärt Maren Ahrens. Mit der Strategie des „Gutbürgers“, so Ahrens, wird darüber hinweggetäuscht, dass es sich bei den „Snevern Jungs“ um eine militante Kameradschaft handelt, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Nach dem heftigen Ausgang des Heidelaufes setzte sich der Arbeitskreis Prävention Schneverdingen zusammen. In gemeinsamer Runde wurde diskutiert, was gegen den rechtsextremen Einfluss unternommen werden kann. Es zeigte sich, dass sie das Problem allein nicht bewältigen können und deshalb beschlossen, Hilfe und Rat von außen anzufragen. Bei der Recherche nach versierten Fachleuten stießen sie auf den Landespräventionsrat Niedersachsen. Dort wurden sie an die

Landeskoordinierungsstelle des Programms „kompetent. für Demokratie“ verwiesen, deren Arbeitsschwerpunkt auf der Beratung bei Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund liegt. „Viele Telefonate wurden geführt, in denen die Problemsituation ausführlich besprochen wurde“, erzählt Moog-Steffens. Im Dezember 2007 organisierte der Arbeitskreis Prävention schließlich eine Infoveranstaltung, zu der sämtliche Vereine und Institutionen der Stadt, aber auch Gerhard Bücken, Mitarbeiter der Landeskoordinierungsstelle, eingeladen wurden. Bücken, dessen Schwerpunkt in der Aufklärung zum Thema Rechtsextremismus liegt, kennt die rechtsextreme Szene Niedersachsens gut. Bei der Infoveranstaltung im voll besetzten Bürgersaal der Stadt „berichtete Herr Bücken über die Situation zum Rechtsextremismus in Niedersachsen mit Fokus auf den „Snevern Jungs“. Er erzählte, was sie außerhalb des netten Auftretens in der Gemeinde so tun“, so Moog-Steffens. Dies öffnete vielen Anwesenden die Augen. Nach dem informativen Input diskutierten die Anwesenden kontrovers – die Veranstaltung schien auseinanderzulaufen. Doch „Herr Bücken konnte den Prozess sehr gut zusammenhalten“, bestätigt Moog-Steffens, „als alle nicht mehr weiter wussten, schlug Bücken die Gründung eines Bürgerbündnisses vor“. Der Vorschlag wurde positiv aufgenommen – alle Vereine Schneverdingens, die Kindergärten, Schulen, Polizei, die Stadtverwaltung und Privatpersonen bekundeten ihr Interesse, im Bündnis mitzuarbeiten.

Danach ging alles ganz schnell. Eine Kleingruppe erarbeitete innerhalb von zwei Monaten die Leitlinien, die die Grundlage der Bündnisarbeit darstellen. Gerhard Bücken unterstützte den Bildungsprozess mit Ratschlägen, berichtete von Erfahrungen, die andernorts gemacht wurden, stellte zahlreiche Arbeits- und Informationsmaterialien zur Verfügung. „Diese Beratung war ganz wichtig. Ohne Herrn Bücken wäre das sicherlich in der Schnelle nicht zustande gekommen, das muss man schon sagen“, so Meike Moog-Steffens. Die Leitlinien wurden auf der Gründungsveranstaltung, die im Februar 2008 mit knapp 80 Teilnehmer/innen stattfand, in nur zwei Stunden konstruktiv diskutiert und verabschiedet. Eine Sprechergruppe bestehend aus dem TV Jahn, dem Mehrgenerationenhaus, der Kirche, Stadtverwaltung und einem Schüler wurde gewählt. Das Bürgerbündnis Schneverdingen „Bunt statt Braun“ war gegründet.

Nun galt es, die formulierten Ziele umzusetzen: Aktive Aufklärungsarbeit über Rechtsextremismus in ihrer Stadt zu leisten und Bürgerinnen und Bürger für diese Problematik zu sensibilisieren, Vernetzung voranzubringen und wichtige Informationen auszutauschen. Alle acht Wochen tagt die Vollversammlung des Bündnisses, immer mit mindestens 50 Personen. „Vieles konnte schon erreicht werden, vor allem hat das Netzwerk, das wir aufgebaut haben, die Zusammenarbeit in Schneverdingen deutlich verbessert“, bestätigt Meike Moog-Steffens. Auch für sie persönlich war das ein besonderer Prozess, „der bewirkt hat, dass ich noch aufmerksamer geworden bin und bestimmte Sachen viel mehr zuordnen kann. Ich kann sagen, dass ich viel erfahren habe, was ich in der Tiefe sonst nicht erlebt hätte“. Maren Ahrens, bestätigt dies und bekräftigt, dass sie gar nicht anders konnte, als sich zu engagieren. „Für mich war klar, hier Gesicht zu zeigen!“

Und das tat sie beim diesjährigen Heidelauf erfolgreich, zusammen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Dutzende kamen in den T-Shirts mit „Schneverdingen ist bunt“ zur Turnhalle und mischten sich unter die vielen Läufer/innen. Ein Infostand des Bürgerbündnisses und eine extra gefertigte Demokratiepinwand waren aufgestellt, die Stimmung war fröhlich und optimistisch. Schließlich stieg Hans-Jürgen Thömen auf einen Stuhl unter dem Eingangsbanner und eröffnete den 21. Heidelauf mit deutlichen Worten: „Die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung ist eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe und zunehmend auch für den Sport eine große Herausforderung“. Emotional und mit großem Nachdruck betonte er, dass es „keinen Raum und keinen Platz für Antidemokraten – nicht auf dem Spielfeld, nicht auf den Zuschauerrängen, nicht in der Sporthalle, nicht in den Köpfen – und nicht bei Volksläufen geben darf!“. Und schließlich machte er bekannt, was alle hofften, aber noch keiner wusste: „Wir haben es geschafft: Die „Snevern Jungs“ haben heute Morgen ihre Teilnahme am diesjährigen Heidelauf abgesagt“. Ein großartiger Erfolg für die Stadt, der ohne das bürgerschaftliche Engagement des Bürgerbündnisses Schneverdingen „Bunt statt Braun“ so nicht möglich gewesen wäre.



Startschuss zum Heidelauf, Meike Moog-Steffens und Maren Ahrens, Vereinsvorsitzender des TV Jahn Hans-Jürgen Thömen, Infostand des Bürgerbündnisses Schneverdingen „Bunt statt Braun“ (von links nach rechts)

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Regionale Fachseminare der Zentralstelle 2008

Die Fachseminare richten sich an Mitglieder der landesweiten Beratungsnetzwerke einzelner Bundesländer. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrer Landeskoordinierungsstelle und der Zentralstelle „kompetent. für Demokratie“.

20. – 21. Oktober 2008, Berlin

Das Prinzip Opferperspektive

– Bundesweiter Fachaustausch und Wissenstransfer zur Unterstützung und Beratung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Seminarleitung: Heike Kleffner, Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, c/o Miteinander e.V., Sachsen-Anhalt

Anmeldeschluss: 15. Oktober 2008

24. Oktober 2008, 10:30 – 16:30 Uhr, Berlin

„Ethnisierte Konflikte“: Strukturen der moderierenden und beratenden Intervention in ethnisierte, kulturalisierte und konfessionalisierte Konflikte

Referent: Carl Chung, Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz“ für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration

Anmeldeschluss: 10. Oktober 2008

11. November 2008, 10:30 – 16:30 Uhr, Berlin

Antisemitismus unter Muslimen in der Einwanderungsgesellschaft

Referent: Dr. Jochen Müller, ufuq.de e.V. (Medienforschung und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft; in Kooperation mit AMIRA – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus)

Anmeldeschluss: 03. November 2008

17. November 2008, 11:00 – 16:00 Uhr, Kassel

Wie funktioniert Beratung im Sport(verein)?

Referent/innen: Angelika Ribler, Projektleiterin Sportjugend Hessen und Nils Haberland, Projektkoordinator „Verein(t) gegen Rechts“ der Brandenburgischen Sportjugend

Anmeldeschluss: 10. November 2008

09. Dezember 2008 und 13. Januar 2009, Hannover

„Sind wir die Guten?“

Vorurteilsbewusste Arbeit als Herausforderung in Non-Profit-Organisationen – ein Workshop zur Selbstreflexion.

Referentin: Sandra Fanroth, Trainerin und Prozessbegleiterin für vorurteilsbewusste Erziehung, Interkulturelles Lernen und Demokratiepädagogik

Anmeldeschluss: 01. Dezember 2008

Herausgeberin und verantwortlich für die Redaktion:

Zentralstelle

kompetent. für Demokratie

c/o Stiftung Demokratische Jugend

Grünberger Straße 54

10245 Berlin

Tel.: 030/20 07 89 60

Fax: 030/20 07 89 69

zentralstelle@beratungsnetzwerke.de

www.kompetent-fuer-demokratie.de